Das hat dazu geführt, dass der Sachverständige Oebbecke unter anderem gesagt hat: Glückwunsch zu dem hervorragenden Ergebnis bei der Umsetzungsquote! – Das hat man bei vielen stringenteren gesetzlichen Regelungen in dieser Größenordnung nicht.

Ich bin etwas verwundert, dass, wenn man dieser Hinwirkungspflicht nachkommt und Briefe an die Gewährträger bzw. an diejenigen schreibt, die für die Sparkassen zuständig sind, in denen man deutlich macht, dass man es nicht durchgehen lässt, wenn der Hinwirkungspflicht nicht nachgekommen wird, das jetzt auf einmal ein Problem ist.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Nein!)

Wir machen das auf der Grundlage des geltenden Gesetzes. Deswegen haben wir es erreicht, dass es nur noch so wenige gibt, die als schwarze Schafe übriggeblieben sind. Sie haben gehört, wir machen das bei den Verwaltungsräten so, dass wir Konsequenzen ziehen, wenn die Hinwirkungspflicht nicht eingehalten wird. Und was die Vorstände angeht, werden wir uns auch an die noch einmal wenden, spätestens nach der Sommerpause.

Ich bin sicher, dass wir dann die 100 % erreichen. Und wenn wir sie bis dahin nicht erreicht hätten, sind wir immer noch besser als manche stringenter gesetzliche Regelung.

Noch eines, was die Veröffentlichung im Internet angeht: Ich gehöre zu denen, die da wirklich sehr für Transparenz sind. Aber dass das nicht vorne auf der ersten Seite als erste Information auf der Homepage einer Sparkasse stehen muss, ist, glaube ich, auch in Ordnung. Es muss sichergestellt sein, dass die Informationen aufgefunden werden können, und – wir haben es heute gehört – das ist es. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 18.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/6144, den Gesetzentwurf der Fraktion der Piraten Drucksache 16/4165 abzulehnen. Wir kommen damit zur Abstimmung nicht über die Beschlussempfehlung, sondern direkt über den Gesetzentwurf. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Die FDP und der fraktionslose Abgeordnete Stein. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf Drucksache 16/4165** in zweiter Lesung **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

19 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5545 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Drucksache 16/6145

zweite Lesung

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die **Reden zu Protokoll** zu geben (*siehe Anlage 5*), sodass wir direkt zur Abstimmung kommen können.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt in Drucksache 16/6145, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5545 - Neudruck. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die Piraten. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Herr Kollege Stein (fraktionslos) hat zugestimmt. Das tragen wir fürs Protokoll nach. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Gesetzentwurf Drucksache 16/5545 - Neudruck - in zweiter Lesung** unverändert angenommen und **verabschiedet** worden.

Ich rufe auf:

20 Gesetz zur Aufhebung der Verordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendare und zur Anpassung weiterer Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5981

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Herr Minister Dr. Walter-Borjans mitgeteilt, dass er seine **Rede zu Protokoll** geben wird (*siehe Anlage 6*) bzw. schon gegeben hat. Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Rechtsausschuss**. Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Nein. Sich enthalten? – Auch nicht. Dann haben wir so überwiesen.

Anlage 6

Zu TOP 20 – „Gesetz zur Aufhebung der Verordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendare und zur Anpassung weiterer Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums“ – zu Protokoll gegebene Rede

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister:

Monatliche Unterhaltsbeihilfe wird Rechtsreferendarinnen und –referendaren im Rahmen ihres öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnisses gewährt.

In den vergangenen Monaten sind rechtliche Unklarheiten insbesondere hinsichtlich der Höhe des Grundbetrags der Unterhaltsbeihilfe, der Zahlungsmodalitäten sowie bei der Anrechnung von Entgelten aus eventuellen Nebentätigkeiten aufgetreten.

Der bisherige Wortlaut der Unterhaltsbeihilfenverordnung nimmt noch auf das „Bundesbesoldungsgesetz“ Bezug für die Berechnung der Unterhaltsbeihilfe. Es ist aber von jeher die Intention des Gesetzgebers, die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis so weit wie möglich den Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärtern des Landes gleichzustellen und entsprechend auch die Unterhaltsbeihilfe an die Anwärterbezüge des Landes NRW anzulehnen.

Die notwendige rechtliche Klarstellung wird jetzt nachgeholt, indem der monatliche Grundbetrag der Unterhaltsbeihilfe zukünftig betragsmäßig direkt in der Verordnung angegeben sein wird.

Zunächst muss die aktuell noch geltende Unterhaltsbeihilfen-Verordnung aufgehoben und in einem zweiten Schritt eine neue Verordnung erlassen werden, die alle notwendigen rechtlichen Anpassungen enthält.

Sie werden vielleicht fragen, warum nicht die bereits bestehende Verordnung geändert wird.

Das ist nicht möglich. Zwar ist die aktuelle Unterhaltsbeihilfenverordnung als Verordnung bezeichnet worden, in rechtlicher Hinsicht aber im Jahr 1999 als formelles Gesetz erlassen worden. Sie hat damit Gesetzesrang. Änderungen an den Regelungen zur Unterhaltsbeihilfe sind daher ebenfalls nur durch formelles Gesetz möglich. Durch Artikel 1 des Gesetzentwurfs soll die bestehende Unterhaltsbeihilfenverordnung deshalb zunächst formal aufgehoben werden. Zum gleichen Zeitpunkt soll sie als „echte“ Verordnung unter der Federführung des Finanzministers neu erlassen werden und die rechtlich notwendigen Änderungen enthalten.

Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf redaktionelle Anpassungen betreffend das Besoldungsrecht vor, genauer gesagt: der Amtsbezeichnungen in den Landesbesoldungsordnungen A und B. Die Anpassungen sind infolge bereits durchgeführter organisatorischer Änderungen in der Landesverwaltung erforderlich.

Mit den Anpassungen sind keine Stellenhebungen verbunden; es werden lediglich bereits erfolgte organisatorische Änderungen bei den Amtsbezeichnungen nachvollzogen. Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen (Planstellen) sind bereits im Rahmen der Haushaltsgesetze 2013 und 2014 geschaffen worden.

Gleichzeitig entfristet der vorliegende Gesetzentwurf das Vergütungsoffenlegungsgesetz. Es ist zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Land NRW Ende 2009 in Kraft getreten und hat sich bewährt.

Im Namen der Landesregierung bitte ich Sie deshalb, meine Damen und Herren, dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung zu geben und es zunächst in die Ausschüsse zu verweisen.